



Gruppe Die Grünen/CDL, Bremer Str. 2, 26789 Leer

An

Bürgermeisterin Beatrix Kuhl

Rathausstr. 1
26789 Leer
(per Mail)

CDL | Christ
Demokratische
Leeraner
www.cdl-leer.de

Gruppe **Die Grünen/CDL**
Im Rat der Stadt Leer
Bremer Str. 2, 26789 Leer
stadtratsfraktion-leer@grueneleer.de

Gudrun Bonow
Gräfin-Julia-Str. 2, 26789 Leer
Tel: 0491 – 997367

Leer, den 20.11.2020

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,

die Gruppe Grüne/ CDL beantragt den folgenden Antrag in die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung am 17. Dezember 2020 aufzunehmen.

Der Antrag geht über den bislang diskutierten Antrag hinaus, bei dem es in der letzten Ratssitzung am 1. Oktober 2020 keine Mehrheit, aber auch kein klares Bild zum Abstimmungsverhalten gab.

Antrag:

Die Stadt Leer wird " Sicherer Hafen" für geflüchtete Menschen.

1. Die Stadt Leer erklärt sich zum Sicherem Hafen und bekräftigt ihre Solidarität mit Menschen auf der Flucht. Sie setzt sich für sichere Fluchtwege, staatliche Seenotrettungsmissionen und eine menschenwürdige Aufnahme von Schutzsuchenden ein.
2. Die Stadt Leer erklärt sich bereit aus Seenot gerettete Menschen bzw. Menschen, die in Lagern an den EU Außengrenzen festsitzen, insbesondere schutzbedürftige Kinder aufzunehmen und unterzubringen. Die Aufnahme erfolgt in vertretbarem Maß zusätzlich zur Verteilungsquote (Königsteiner Schlüssel). Die Bürgermeisterin wird beauftragt diese Erklärung dem zuständigen Ministerium des Landes Niedersachsen zu übermitteln.
3. Die Stadt Leer tritt dem kommunalen Bündnis " Städte Sicherer Hafen" bei und beteiligt sich am Bündnis aller Sicherem Häfen in Europa zur aktiven Gestaltung einer menschenrechtskonformen europäischen Asyl- und Migrationspolitik.
4. Die Stadt Leer veröffentlicht alle unternommenen Handlungen mit denen sie zu einem Sicherem Hafen wird und informiert ihre Partnerstädte über den Beschluss.

5. Der Rat der Stadt Leer fordert die Vertreterinnen und Vertreter im Europaparlament, im Bundestag und im Niedersächsischen Landtag dazu auf, sich für die Erreichung folgender Ziele einzusetzen:
- Die Bundesregierung setzt sich weiterhin und verstärkt für die Rettung der Menschen im Mittelmeer ein.
 - Die aktive Behinderung der Seenotrettung durch die europäischen Staaten muss umgehend beendet werden.
 - Die europäische Staatengemeinschaft muss ihrer Verantwortung bei der Seenotrettung gerecht werden und darf sich nicht auf die Arbeit Dritter verlassen oder den Tod von Menschen billigend in Kauf nehmen.

Begründung:

Die zivilgesellschaftliche und parteiunabhängige Initiative Seebrücke protestiert bereits seit zwei Jahren gegen das grausame Sterben von Frauen, Männern und Kindern im Mittelmeer, gegen die Kriminalisierung von Seenotrettern und die menschenunwürdigen Zustände in den Flüchtlingslagern.

Inzwischen haben sich 206 Städte, Kommunen und Landkreise solidarisch gezeigt und sich zu "sicheren Häfen" erklärt.

In den letzten Jahren hat die Bevölkerung der Stadt gemeinsam mit Verwaltung und Politik gezeigt, dass sie bereit und fähig ist, geflüchtete Menschen aufzunehmen und zu integrieren. Diesen Weg muss Leer weitergehen und als Sicherer Hafen ein Zeichen für die Menschlichkeit und Solidarität setzen.

Gudrun Bonow
(Stellvertretende Gruppenvorsitzende)

Gruppenvorsitzender: Bruno Schachner; Stellvertreterinnen: Engeline Kramer, Gudrun Bonow
Gruppenmitglieder: Wilhelm Bloem, Christiane Kühmann, Ferhat Özdemir (CDL)